Beschluss Dresden als demokratische Stadt

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	3.F) Dresden als demokratische Stadt

Text

F) Dresden als demokratische, freie und sichere Stadt

F. 1) Dresden kann noch mehr Demokratie wagen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für mehr Demokratie auf allen Ebenen. Wir wollen die Bürgerbeteiligung stärken, die Bürger*innen als selbstbestimmte Menschen ermutigen und es ihnen ermöglichen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen und für die Gesellschaft einzubringen.

Unsere Antwort auf antidemokratische und autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft und den Rechtsruck in der Politik ist nicht nur die Verteidigung der demokratischen und freiheitlichen Errungenschaften, sondern vielmehr ein entschlossener Kampf für noch mehr Demokratie und noch mehr Mitbestimmung. Wir haben in der rot-grün-roten Kooperation einen sachsenweit einzigartigen Kulturwandel in der Bürgerbeteiligung erreicht und zugleich die Entscheidungsrechte der Bürger*innen gestärkt.

Mit der – auch gegen Widerstände innerhalb der Kooperation – eingeführten Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte haben wir die Stadtteilvertretungen endlich demokratisch legitimiert und gestärkt. Dadurch haben wir auch das bisherige Parteienprivileg bei der Besetzung der Stadtbezirksbeirät*innen gebrochen und es ermöglicht, dass auch lokale Initiativen und Wähler*innenvereinigungen für ihre Stadtteilvertretungen kandidieren können.

Durch die Vorlage einer Bürgerbeteiligungssatzung haben wir eine Wende im Verständnis von Bürgerbeteiligung begonnen. Statt Beteiligung als Gnadenakt der Verwaltung zu verstehen, werden wir den Bürger*innen konkrete Rechte auf Beteiligung geben, die diese auch geltend machen können. So sind Bürgerforen durchzuführen, wenn in gesamtstädtischen Angelegenheiten 2500 Unterschriften bzw. in Angelegenheiten eines Stadtbezirks 500 Unterschriften von Einwohner*innen vorliegen. Diese Bürgerforen können Empfehlungen abgeben, die auch zu berücksichtigen sind.

Wir haben als Kooperation das Petitionsrecht gestärkt. In Dresden ist es jetzt endlich auch möglich, Petitionen auf der Homepage der Stadt mitzeichnen zu können.

Wir glauben, dass wir Dresden nicht nur noch demokratischer gestalten können, sondern auch müssen. Die diesbezüglichen Erfolge der Kooperation waren nur ein Anfang hin zu einem bürgerschaftlichen Dresden, in dem sich die Bürger*innen selbstbestimmt und wertgeschätzt einmischen.

Stadtteile noch mehr stärken
Unser Ziel als GRÜNE war es, nicht nur die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte zu erreichen, sondern auch ihre rechtliche Gleichstellung mit den bestehenden Ortschaftsräten. Dies hat die CDU/SPD-Koalition auf Landesebene mit einer tief in die kommunale Selbstverwaltung eingreifenden Kommunalrechtsreform torpediert. Für uns bleibt dennoch das Ziel bestehen, dass die Stadtbezirke die gleichen

demokratischen Rechte erhalten wie die Ortschaften, weil es keine Bürger*innen erster und zweiter Klasse geben darf! Wir werden uns somit weiterhin auf kommunaler wie auf Landesebene für die Ortschaftsverfassung stark machen, mindestens aber in Dresden nach Wegen suchen, die Kompetenzen der Stadtbezirksbeiräte den Rechten der Ortschaftsräte soweit wie möglich anzunähern.

Bürgerbeteiligung weiter ausbauen
Die Bürgerbeteiligungssatzung ist nur ein erster Schritt zu einer neuen Kultur der Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen darüber hinaus auch die neue Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken. Um die Beteiligungsverfahren auf hohem qualitativen Niveau durchzuführen und eine*n zentrale Ansprechpartner*in der Verwaltung zu haben, werden wir deshalb beim Oberbürgermeister eine unabhängige Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung einrichten.

Bürgerbeteiligung wird durch eine gute Informationsgrundlage der Bürger*innen gestärkt. Wir wollen deshalb Modelle wie Planungszellen fördern, die die Informationskluft zwischen den Bürger*innen schließen können und in denen lokale Probleme in den Nachbarschaften erörtert werden können. Ein weiteres Ziel für die Information der Bürger*innen ist es, alle von der Verwaltung erstellten Studien, z. B. Machbarkeitsstudien, auf der Webseite der Stadt einsehen zu können. Die Verwaltung muss bei allen Veröffentlichungen zudem auf eine einfache Sprache achten, damit alle verstehen, wie, warum und wo sie sich einbringen können.

Angesichts neuer Herausforderungen in den Städten richtet sich die Aufmerksamkeit seit einigen Jahren verstärkt auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich vernetzen und in unterschiedlichen Feldern der Stadtentwicklung durch ihre Projekte einen Mehrwert für das Gemeinwesen schaffen. Damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu Stadtgestaltern werden können, muss eine demokratische und am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung aktivierende und partizipative Strukturen entwickeln, in denen neue Modelle einer koproduktiven Stadt und eine neue Rollenverteilung in der Quartiersentwicklung erprobt werden können.

Kinder- und Jugendbeteiligung verbessern
Demokratische Teilhabe beginnt für uns nicht erst mit dem 18. Geburtstag! Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen intensivieren. Mit der Schaffung eines unabhängigen Kinder- und Jugendbüros haben wir bereits eine wichtige Voraussetzung hierfür geschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nun den nächsten Schritt gehen und ähnliche Verfahren, die wir in der Bürgerbeteiligungssatzung umgesetzt haben, auch für Kinder und Jugendliche schaffen. Kinder und Jugendliche sollen verbindlich unter anderem in die Planung von Spielplätzen, Rad- und Fußverkehr und der Gestaltung von Plätzen einbezogen werden. Wir werden Kinder- und Jugendbeteiligungsformate in den Stadtbezirken fördern, in denen Kinder und Jugendliche selbst, unter fachlicher Begleitung, beispielsweise des Kinder- und Jugendbüros, mit einem zur Verfügung stehenden Budget, Vorhaben von Kindern und Jugendlichen fördern. Wir stärken dadurch früh echte Demokratieerfahrungen jenseits von Erwachsenengremien. Themen und Probleme dieser Altersgruppe sollen ebenfalls in Modellen wie Planungszellen regelmäßig diskutiert werden.

Wir wollen Schüler*innentage im Stadtrat ermöglichen: Wie bei Parlamentsexkursionen sollen Schüler*innen in Debatten und Gesprächen mit Vertreter*innen der Fraktionen die kommunalpolitische Arbeit kennenlernen.

F. 2) Für eine sichere Stadt, in der wir frei leben können

Dresden ist eine sichere Stadt. Dennoch hat sich in den letzten Jahren das Sicherheitsgefühl einiger Menschen verschlechtert, weil die CDU-geführte Staatsregierung in den letzten Jahren massiv die Polizeipräsenz abgebaut hat. Wir wollen mit einer besseren Präventionsarbeit aller verantwortlichen Behörden und Träger zu einer tatsächlichen Verbesserung der Sicherheit in Dresden beitragen. Wir wehren uns dabei dagegen, dass zunehmend ein vermeintliches Mehr an Sicherheit gegen elementare Freiheitsrechte ausgespielt wird. Der Schutz von Bürgerrechten ist auch auf kommunaler Ebene ein Herzensanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kommunale Präventionsarbeit weiter stärken
Die wirksamste Waffe gegen Kriminalität ist eine breit angelegte und gut ausgestattete Präventionsarbeit. Wir GRÜNE stehen daher für eine kommunale Sicherheitspolitik, bei der diese Prävention im Fokus steht. Den Kriminalpräventiven Rat werden wir zum zentralen Ort der Koordination der vorbeugenden Arbeit von Sicherheitsbehörden, Politik und Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Den Ausbau der Jugend- und Straßensozialarbeit sehen wir als einen wichtigen Aspekt der kommunalen Präventionsarbeit.

Wir begreifen auch die Stadtplanung als einen wichtigen Teil der kommunalen Präventionsarbeit. Steinerne unbelebte Plätze und unbeleuchtete Straßen haben einen massiven Einfluss auf das Sicherheitsgefühl vieler Menschen. Ebenso kann eine gute Durchmischung von Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen der Bildung von sozialen Brennpunkten entgegenwirken. Deshalb werden wir zukünftig die Überprüfung der Auswirkung auf die Sicherheitslage zum Standard bei Bauprojekten und in der Stadtplanung machen.

Das Ordnungsamt kann die Aufgaben der Landespolizei nicht ersetzen. Deshalb werden wir es nicht zu einer Ersatzpolizei aufrüsten, sondern vor allem für die kommunalen Aufgaben einsetzen. Die Mitarbeiter*innen werden wir regelmäßig in Bezug auf die Gewährleistung von Bürger*innenrechten und im Bereich der interkulturellen Kompetenz schulen.

Der öffentliche Raum gehört den Bürger*innen
Der öffentliche Raum muss ein Ort der Freiheit bleiben und darf nicht zunehmend durch die Sicherheitsbehörden kontrolliert werden. Deshalb werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden stets gegen die Videoüberwachung im öffentlichen Raum einstehen. Diese verhindert keine Straftaten, sondern verdrängt sie höchstens. Sie ist aber zugleich ein elementarer Eingriff in die Bürgerrechte. Wir lehnen auch die weitgehend willkürliche Einstufung von Straßen und Plätzen durch die Polizei als sogenannte „gefährliche Orte" ab. Diese Deklarierung dient nur der Rechtfertigung unverhältnismäßiger, anlassloser Polizeikontrollen und stigmatisiert ganze Stadtviertel.

Wir haben das Alkoholverkaufsverbot an Wochenendabenden in der Neustadt abgeschafft, weil es nutzlos ist und ein Eingriff in die Freiheit von Händler*innen und Bürger*innen darstellte. Deshalb lehnen wir auch generelle Alkoholverbotszonen, wie sie derzeit in anderen Städten eingeführt werden, in

Dresden ab. Bei Großveranstaltungen mit Gefährdungspotenzial können im Einzelfall örtlich und zeitlich begrenzte Verbote des Verkaufs und des Konsums von Alkohol sinnvoll sein.

Versammlungsfreiheit stärken
Dresden hat in den letzten Jahren ein reges Demonstrationsgeschehen erlebt. Wir sind der Auffassung, dass die Dresdner Versammlungsbehörde mitunter rassistische Demonstrationen begünstigt und den Protest dagegen konsequent erschwert hat. Diesem Zustand werden wir weiter entgegenwirken – denn es ist auch die Aufgabe des Stadtrates, der Versammlungsbehörde auf die Finger zu schauen und für eine bessere Verwirklichung des Versammlungsrechtes einzutreten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Versammlungsbehörde einen Protest in Sicht- und Hörweite ermöglicht und versammlungsrechtsfreundliche Bescheide erlässt.

F. 3) Eine digitale Stadt braucht eine moderne Verwaltung
Die Verwaltung ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger und deren Anliegen sowie die Umsetzung von politischen Zielen da. Eine moderne Verwaltung muss bürger*innennah, transparent und digital sein. Sie soll nicht durch unnötige Bürokratie übermäßig in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Wir GRÜNE werden deshalb in Dresden den begonnenen Weg zu einer modernen Verwaltungsstruktur und -kultur fortsetzen. Gleichzeitig ist die Stadtverwaltung der größte Arbeitgeber in Dresden und steht zunehmend unter Druck, guten Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Arbeit für die Landeshauptstadt attraktiver zu machen.

Für eine Kultur der Transparenz in der Verwaltung
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für eine demokratische Notwendigkeit, dass Bürger*innen sich umfassend über die Belange der Stadt informieren können. Deshalb werden wir die Informationsfreiheitssatzung der Stadt zu einer Transparenzsatzung weiterentwickeln, die von dem Grundsatz ausgeht, dass alle der Verwaltung vorliegenden Informationen - außer in begründeten Ausnahmefällen - zugänglich sein müssen. Die Verwaltungsdaten müssen dabei im Rahmen der durch den Datenschutz gegebenen Grenzen den Bürger*innen in strukturierter und maschinenlesbarer Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

Die Dresdner Stadtverwaltung sollte Vorbild bei der Korruptionsvorbeugung werden. Deshalb werden wir die Stelle eines Anti-Korruptions-Beauftragten in der Stadtverwaltung schaffen. Mit Hilfe eines städtischen Korruptionsregisters sollen Unternehmen, die sich durch Fehlverhalten, wie zum Beispiel durch einschlägige Straftaten in Bezug auf Vergabe öffentlicher Aufträge, disqualifiziert haben, von diesen ausgeschlossen werden. Mit uns wird es eine Ombudsperson geben, an die sich anonym mit Hinweisen auf Korruptionsverdacht gewandt werden kann und über die in Vergabeverfahren informiert wird.

Wir GRÜNE werden eine Ombudsstelle in der Stadtverwaltung einrichten, an welche sich sowohl Bürgerinnen und Bürger wenden können, die sich durch konkretes Verwaltungshandeln benachteiligt fühlen, als auch jene, die Anregungen für die Abschaffung überflüssiger Vorschriften haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die Transparenz der kommunalen Mandatsträger*innen verstärken. Deshalb wollen wir im Stadtrat auf die Verabschiedung eines Verhaltenskodex drängen, der die Stadträt*innen, Stadtbezirksbeirät*innen, Ortschaftsrät*innen und Bürgermeister*innen zur

Offenlegung von Interessenkonflikten und der Mitgliedschaften in Aufsichtsräten verpflichtet.

Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin
Wenn wir eine gute Verwaltung wollen, brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter*innen, die wir auf einem zunehmend umkämpften Arbeitsmarkt gewinnen müssen. In den nächsten Jahren werden viele Mitarbeiter*innen in den Ruhestand gehen. Die Landeshauptstadt braucht zur Bewältigung der Altersabgänge ein modernes Personal- und Personalentwicklungskonzept, mit dem den Mitarbeiter*innen Aufstiegsperspektiven ermöglicht werden und die Stadt eine vorausschauende Personalplanung betreiben kann, die es ausscheidenden Mitarbeiter*innen auch ermöglicht, ihr Fachwissen an die Nachfolger*innen weiterzugeben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung verbessern und die Möglichkeiten zur Nutzung von Teilzeit - mit dem jederzeitigen Rückkehrrecht in Vollzeit - erweitern sowie familienfreundliche Bedingungen für Arbeitnehmer*innen in der Verwaltung schaffen. Gute Verwaltungsmitarbeiter*innen sind ihr Geld wert. Deswegen werden wir GRÜNE nicht nur sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst unverzüglich beenden, sondern auch die gegenwärtige Praxis der Stellenbewertungen durch das Personalamt auf den Prüfstand stellen.

Zu einer attraktiven Verwaltung gehört auch eine konsequente Gleichstellung. Deshalb werden wir mit gezielten Förderprogrammen mehr Frauen in Führungspositionen bringen. Zudem treten wir GRÜNE dafür ein, dass bei der Besetzung von Kommissionen, Aufsichtsräten und Kuratorien zukünftig mindestens 50 Prozent Frauen zu entsenden sind. Die interkulturelle Kompetenz werden wir in der Stadtverwaltung in allen Bereichen fördern und entsprechende Weiterbildungen zur Voraussetzung für die Bekleidung von Leitungspositionen machen.

Mit neuen Strukturen die Verwaltung zukunftsfest machen
In den letzten Jahren sind viele Versuche zur Verwaltungsmodernisierung im Sande verlaufen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin für eine aufgabenorientierte Überprüfung der aktuellen Verwaltungsstruktur und werden den mitunter falschen Ressourceneinsatz in der Verwaltung beenden, um unterbesetzte Bereiche der Verwaltung zu stärken. Dabei werden wir auch prüfen, ob durch Entbürokratisierung von Verfahren, wie beispielsweise bei der Erteilung von Sondernutzungen, sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürger*innen entlastet werden können.

Für uns ist die Bürger*innennähe der Verwaltung keine bloße Floskel. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass alle von den Bürger*innen in Anspruch genommenen Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort durch die Bürgerbüros angeboten und erledigt werden. Deshalb wird es mit uns auch keine weitere Schließung von Bürgerbüros geben. Wir werden vielmehr allen Bürgerbüros ausreichend Personal zur Verfügung stellen, um attraktive Öffnungszeiten für die Bürger*innen zu ermöglichen. Ebenso wollen wir durchsetzen, dass Bürger*innen bei Behördengängen eine Kinderbetreuung angeboten bekommen.

Wir GRÜNE unterstützen den Neubau eines modernen, bürger*innenfreundlichen Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz. Neben der Einführung und Erprobung neuer Arbeitsplatzmodelle muss das Verwaltungszentrum vorbildlich in der Schaffung einer gesundheitsförderlichen Arbeitsumgebung sein. Das neue Haus soll nicht nur

ein Verwaltungsgebäude, sondern ein Haus der Bürger*innen und ein Ort gelebter demokratischer Mitbestimmung sein - mit Räumen für Bürgerbeteiligungsprojekte und Möglichkeiten der Begegnung für die Bürger*innen.

Unser Leitbild: Eine digitale Verwaltung macht Dresden moderner
Wir GRÜNE werden die Verwaltung digitaler gestalten. Wir werden erreichen, dass so viele Behördengänge und Verwaltungsverfahren wie möglich online erledigt werden können. Hierbei werden wir allerdings stets auch die Möglichkeit erhalten, diese analog zu erledigen, um weiterhin direkt mit den Behörden in Kontakt treten zu können.
Im Internetauftritt der Stadt muss Mehrsprachigkeit und leichte Sprache zum Standard werden.

Die Landeshauptstadt muss Vorreiterin bei Datenschutz und IT-Sicherheit sein. Alle Verwaltungsverfahren sind auf höchstmöglichem Datenschutzniveau auszugestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten zugleich strikt dagegen ein, dass die Stadt Daten der Bürger*innen ohne schriftliche Einwilligung an Dritte verkaufen kann. Wir werden die IT-Sicherheit in der Stadtverwaltung stärken und eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Verwaltungsverfahren und die Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zum Standard machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Freifunk-Initiativen, die offene WLAN-Netze bereitstellen, als eine wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements fördern. Dies kann auch die Mitnutzung öffentlicher Gebäude für die Bereitstellung von Freifunk-Hotspots umfassen.

Wir werden Dresden weiterhin zu einer Smart-City entwickeln. Durch die intelligente Steuerung von Verkehr, Versorgung und Entsorgung auf der Grundlage von Live-Daten können Ressourcen besser genutzt und die Nachhaltigkeit gestärkt werden. Wir werden stets darauf achten, dass dabei keine personenbezogenen Verkehrs- und Bewegungsdaten gespeichert werden. Den direkten Kontakt zur Verwaltung bei der Meldung von Problemen werden wir durch die stärkere Nutzung interaktiver Tools und Apps verbessern. Wir werden die kommunale „Dreckweg-App“ so ausbauen, dass diese zu einer wirklichen „Dresden-App“ wird, bei der die Bürger*innen Störungen und Probleme - von Glasscherben auf dem Radweg bis hin zu durstigen Bäumen - melden können, einfache Anliegen mit der Verwaltung klären oder Petitionen mitzeichnen können.